

Fragen

für die Fragestunde der 145. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Dezember 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	36, 52	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	3, 6	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	51
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	2, 7	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	16, 17	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	13, 28
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 55	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	4, 5	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 53
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	10, 11	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 26
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 15
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	23, 24
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 54	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	32, 33
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.)	8, 9
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	29, 30
Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	47, 48	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	31
Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	45, 46		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	17

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche (anderen) Erkenntnisse zur Einschätzung der neuen Führung Saudi-Arabiens und zu den aktuellen außenpolitischen Aktivitäten des Landes liegen der Bundesregierung vor, dass sie sich vehement von der jüngst veröffentlichten Analyse des Bundesnachrichtendienstes (BND), der der neuen Führung Saudi-Arabiens eine „aggressivere Außenpolitik“ und „impulsive Interventionspolitik“ attestiert (vgl. www.sueddeutsche.de/politik/saudi-arabien-bundesregierung-empoert-sich-ueber-bnd-1.2765939 vom 3. Dezember 2015) distanziert, und wie hat sich die Bundesregierung in anderen Fällen öffentlicher Einschätzungen des BND bisher verhalten (bitte auflisten nach Zustimmung/Distanzierung)?

2. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Stellt nach Ansicht der Bundesregierung der Einmarsch türkischer Truppen in die irakische Provinz Ninawa eine Verletzung der Souveränität Iraks dar, und wie positioniert sich bzw. welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aufgrund dieser Handlungen (<http://de.sputniknews.com/politik/20151209/306308372.html>)?

3. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse darüber, dass die Capital Bank of Jordan, an welcher auch unter anderem eine der größten US-Banken, die Bank of New York, über eine libanesische Tochter beteiligt ist, Filialen in den von der Terrorgruppe Islamischer Staat kontrollierten Gebieten, wie beispielsweise im nordirakischen Mosul, betreibt (search4dinar.wordpress.com/2015/06/23/capital-bank-of-jordan-business-branch-in-mosul-going-about-normal-and-are-optimistic-the-iraqi-market/) und dass der Präsident dieser Bank die Präsenz in den IS-Gebieten als „Business as usual“ verteidigt (www.cnbc.com/2015/05/22/capital-bank-says-its-business-as-usual-in-mosul.html)?

4. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Warum hat sich die Bundesregierung nicht gegen einen Beschluss über eine Verlängerung von EU-Sanktionen gegen Russland ohne eine inhaltliche Aussprache im Rahmen des Rates der Europäischen Union oder des Europäischen

Rates ausgesprochen (www.handelsblatt.com/politik/international/eu-sanktionen-gegen-russland-italien-stellt-sich-quer/12701224.html), und welche einseitig erfüllbaren Anforderungen stellt die Bundesregierung an Russland, damit sie sich für eine Aufhebung oder Lockerung der Sanktionen aussprechen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung über die zahlenmäßige Entwicklung der letzten drei Jahre (Stichtag 15. Dezember 2015) bezüglich Ausschreibungen im Schengener Informationssystem (SIS) nach Artikel 36 des Ratsbeschlusses zum SIS II zur verdeckten polizeilichen oder geheimdienstlichen Fahndung und Kontrolle bekannt (bitte soweit möglich als halbjährliche Statistik beschreiben und dabei auch angeben, wenn der Zusatz „immediate action“ vergeben wurde), und wie stellt sich diese Statistik für Ausschreibungen durch deutsche Behörden dar?
6. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Banken und anderen finanziellen Institutionen (Stiftungen etc.) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung mit Sanktionen belegt, da sie finanzielle Transaktionen mit der Terrorgruppe Islamischer Staat unternommen haben (www.reuters.com/article/us-france-shooting-usa-sanctions-insight-idUSKBN0TD0BI20151124#cZvTUcdFp0c9EccK.97; bitte auflisten, wer die Sanktionen beschlossen hat und wann)?
7. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Über welche Banken finanziert sich der IS nach Kenntnis der Bundesregierung, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um diese Finanzierung zu stoppen?
8. Abgeordnete
Dr. Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)

Was sind aus Sicht der Bundesregierung die Hinderungsgründe dafür, dass es bisher zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission keinen regelmäßigen Austausch über verdächtige Finanzströme im Zusammenhang mit

dem IS/Daesh gibt, und welche Maßnahmen aus der französischen Liste zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung werden von der Bundesregierung mit unterstützt (www.tagesschau.de/ausland/finanzminister-terrorfinanzierung-101.html)?

9. Abgeordnete
**Dr. Sahra
Wagenknecht**
(DIE LINKE.)

Warum wurde von Seiten der Bundesregierung und der EU bisher nichts unternommen, um Geldtransaktionen vom Ausland an den IS über den Weg von Banken im Irak, die Filialen im vom IS besetzten Gebiet unterhalten, zu verhindern (www.welt.de/politik/ausland/article148965354/So-finanziert-sich-der-Islamische-Staat.html), und warum wurden bisher von der Bundesregierung und der EU keinerlei Aktivitäten ausgelöst, die jordanische Regierung, einen offiziellen Verbündeten im Kampf gegen den IS-Terror, anzuhalten, die über ihre Banken laufenden Geldtransaktionen an den IS zu unterbinden?

10. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist die Zahl der im EASY-System registrierten Asylsuchenden im Monat November 2015 (soweit vorliegend bitte nach den zehn relevantesten Herkunftsländern und soweit damit nicht erfasst ergänzend nach den Westbalkanländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien darstellen), und wie soll die Erwartung der Innenministerkonferenz (Beschluss vom 3. Dezember 2015 zu TOP 37) erfüllt werden, dass sich die Asylverfahrensdauer durch Einzelfallprüfungen und Anhörungen bei allen Asylsuchenden nicht verlängern soll, wenn der neue Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, bereits erklärt hat, dass dies die Verfahren wieder verlängern und den Abbau des Rückstaus unerledigter Anträge erschweren wird (Reuters vom 1. Dezember 2015; bitte ausführen)?

11. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wieso richtet sich die Bundesregierung bei der Bestimmung der Gruppen Asylsuchender, die wegen eines zu erwartenden rechtmäßigen und dauerhaften Aufenthalts zu Integrationskursen zugelassen werden können, nach der unbereinigten Gesamtschutzquote (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 11 der Abgeordneten Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf Bundestagsdrucksache

che 18/6760), in die auch Verfahrenseinstellungen und Dublin-Entscheidungen mit eingehen, obwohl Asylsuchende im Dublin-Verfahren und solche, die ihr Verfahren nicht betreiben, ohnehin nicht zum Integrationskurs zugelassen werden, und inwieweit werden die bisherigen vier insofern begünstigten Herkunftsländer um Afghanistan und Eritrea erweitert, da deren bereinigte Gesamtschutzquoten im dritten Quartal 2015 bei 86,1 bzw. 99,6 Prozent lagen (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/6860, zu Frage 1b)?

12. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Form plant die Bundesregierung, die EU-Aufnahmerichtlinie umzusetzen, die u. a. für behinderte Flüchtlinge einen Anspruch auf angemessenen Wohnraum, eine die Benachteiligung ausgleichende medizinische Behandlung und nötige medizinische Hilfsmittel vorsieht, nachdem aus den Reihen der Union gefordert wurde, die EU-Aufnahmerichtlinie nicht in der vorliegenden Form in Deutschland umzusetzen (u. a. www.tagesschau.de/inland/asylpaket-verzoegerung-101.html)?

13. Abgeordneter
Harald Petzold
(Havelland)
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus einem mir bekannten Sachverhalt, dass in Meldebescheinigungen von Asylsuchenden in Schleswig-Holstein brisante Gesundheitsdaten, wie z. B. in Feld 9 „Familienangehörige“ der Vermerk „AIDS-infiziert“ eingetragen sind, und was unternimmt die Bundesregierung, damit sich solche Datenschutzverletzungen mit Gesundheitsdaten nicht wiederholen?

14. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Darstellung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ), dass bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterschiedliche Auslegungen der „guten Bleibeperspektive“ existieren (vgl. <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/715-ba-und-bamf-zwei-abweichende-auffassungen-zu-mit-guter-bleibeperspektive-421-sgb-iii.html>; bitte begründen), und aus welchem Grund wird der Kreis der Personen „mit guter Bleibeperspektive“, der bei der BA bis zum 31. Dezember 2015 über die Möglichkeit der

Teilnahme an Sprachkursen nach § 421 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und beim BAMF über die Möglichkeit der Teilnahme an Integrationskursen entscheidet, in den einzelnen Bereichen unterschiedlich gefasst?

15. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum antwortete die Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 18/5804 nach der Anzahl der Fälle seit 2010, in denen je Dienst- oder Staatsgeheimnisse einer der Nachrichtendienste (MAD, BfV, BND) bzw. ihrer jeweiligen Fachaufsichtsstellen in Medien veröffentlicht wurden, es gebe keine systematische Auswertung der Medienberichterstattung im Hinblick auf Dienst- oder Staatsgeheimnisse, wenn das Bundeskanzleramt nun – nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Angaben hierzu offenzulegen sind – angibt, dass im Jahr 2015 bis einschließlich Oktober 29 Verstöße gegen die einschlägigen Geheimschutzvorschriften vorlägen, die auf Presseberichte zurückzuführen seien, im Jahr 2014 seien es 16 und im Jahr 2013 sechs gewesen (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/bundesnachrichtendienst-geheimnisverrat-beim-bnd-nimmt-zu/12686288.html vom 7. Dezember 2015), und welche Angaben macht die Bundesregierung nunmehr auch gegenüber dem Parlament zur Anzahl solcher Veröffentlichungen (bitte nach Jahren seit 2005 bis heute aufschlüsseln)?

16. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Wann hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vorgeschlagen, dem Deutschen Forschungszentrum für Leistungssport Köln „momentum“ im Bundeshaushalt für das Jahr 2016 3 Mio. Euro für die konzeptionelle Arbeit zur Reformierung des Sportfördersystems auf Bundesebene zur Verfügung zu stellen (siehe Pressemitteilung Nummer 814 der SPD-Bundestagsfraktion vom 13. November 2015), und in welcher Weise wurden diesbezüglich die Sportverbände konsultiert?

17. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Warum werden diese 3 Mio. Euro zur Förderung von Forschungsvorhaben aus dem Einzelplan 06 Titel 686 22 anscheinend direkt vergeben und nicht angesichts der Existenz eines wissenschaftlichen Verbundsystems im Leistungssport und von bundesweit 61 Hochschulen mit mindestens

einem Lehrstuhl im Bereich der Sportwissenschaft öffentlich ausgeschrieben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

18. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz während der letzten Sitzung der EU-Justizminister am 3. und 4. Dezember 2015 in Brüssel die Meinung vertreten hat, dass das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung für nichtig und nicht vereinbar mit geltendem EU-Grundrecht erklärt hat, einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich nicht entgegenstehe (vgl. www.consilium.europa.eu/en/meetings/jha/2015/12/st14937_en15_pdf), und wie hat sich das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu der Frage der Präsidentschaft verhalten, ob es eine Neuauflage einer Richtlinie geben soll?
19. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Berichten bezüglich der Wirksamkeit der Mietpreisbremse in Berlin (www.berlinerzeitung.de/wohnen/zu-hohes-mietpreisniveau-berliner-mieterverein-will-mietpreisbremse-verschaerfen,22227162,32893250.html)?
20. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die Mietpreisbremse in der für das Frühjahr 2016 geplanten zweiten Mietrechtsnovelle zu verschärfen, um ihre preisdämpfende Wirkung zu steigern, und wenn ja, durch welche Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bedenken einiger an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmender Staaten gegenüber dem österreichischen Kompromissvorschlag zur Finanztransaktionssteuer wurden nunmehr in der Grundsatzvereinbarung, die am 8. Dezember 2015 beim ECOFIN (Rat für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Union) erzielt wurde, ausgeräumt?
22. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche inhaltliche Position nimmt Deutschland in den laufenden Verhandlungen zur Finanztransaktionssteuer bei den noch offenen Fragen ein, und inwieweit nimmt Deutschland, neben Frankreich und Italien unter den größten Volkswirtschaften und Heimat eines der größten Börsenplätze in der Gruppe der verstärkten Zusammenarbeit, eine Führungsrolle in den Verhandlungen ein?
23. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, nachdem es beim letzten ECOFIN zu einer Einigung über einige Kernelemente der Finanztransaktionssteuer gekommen ist, dass auf die zu besteuernenden Derivate mindestens der gleiche effektive Steuersatz erhoben wird wie nach dem Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission, und wenn nein, wie will die Bundesregierung die aus ihrer Sicht angemessenen Steuersätze herleiten?
24. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Steueraufkommen rechnet die Bundesregierung mindestens, wenn die laut dem Kompromissvorschlag der österreichischen Regierung vom Sommer 2015 besteuerten Produkte mit mindestens dem gleichen effektiven Steuersatz besteuert würden wie nach dem Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission, und inwiefern ist ein jährliches nationales Steueraufkommen von 15 Mrd. Euro und mehr, wie es das Gutachten von Copenhagen Economics im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen errechnet hat, aus Sicht der Bundesregierung auf

der Basis der bisherigen Kompromisse noch erreichbar?

25. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es von Seiten der Bundesregierung Pläne, die restlichen Anteile des Bundes an der Deutschen Telekom AG zu verkaufen, so wie es jetzt auch die Monopolkommission in ihrem Sondergutachten 73 aus ordnungspolitischer Sicht fordert, da die Kommission einen „massiven Interessenkonflikt“ sieht, der sich aus der Doppelrolle als Anteilseigner mit finanziellen Interessen einerseits und Inhaber der ordnungspolitischen Macht andererseits ergibt, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

26. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt es sich die Bundesregierung, dass Arbeitsagenturen Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher für Gespräche zwischen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und hörbehinderten Kundinnen und Kunden nur dann engagieren und finanzieren, wenn die Kundinnen und Kunden dies selbst nicht können (s. Zitat aus dem Schreiben der Bundesagentur für Arbeit im Beitrag „Der Staat behindert Behinderte“, ZDF-Magazin „frontal21“ vom 1. Dezember 2015), und was unternimmt sie, damit Rehaträger ihrer Verpflichtung aus § 19 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch nachkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

27. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel fruchtbarer Boden ist nach Kenntnis der Bundesregierung im „Jahr des Bodens“ weltweit und in Deutschland verloren gegangen, und welchen Anteil (in Prozent) hatten die jeweiligen Ur-

sachen am Verlust fruchtbarer Böden in Deutschland zuletzt (bitte nach Ursachen, z. B. Versiegelung, Übernutzung, Erosion u. a., aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

28. Abgeordneter
Harald Petzold (Havelland)
(DIE LINKE.)
- Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung zur Forderung des Bundesforums Familie nach voller rechtlicher Gleichstellung hetero- und homosexueller Eltern und dessen Abschlussbericht „Familie ist Vielfalt. Inklusion leben, Teilhabe sichern“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

29. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Ist die Information richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH der Hellenischen Republik 500 000 Euro für die Lizenzen zur Nutzung des Fallpauschalenkatalogs im Krankenhauswesen (G-DRG) berechnet, und wie genau begründet sich diese Summe?
30. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- An welche anderen Staaten wurden Lizenzen für das DRG-System vergeben, und wie hoch waren in diesen Fällen die Lizenzgebühren (bitte auch angeben, wenn keine Lizenzgebühren erhoben wurden)?
31. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass das Einfrieren des Arbeitgeberanteils an den Beiträgen für die gesetzliche Krankenversicherung offensichtlich zu einer immer stärkeren Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt, und erwägt die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode oder gar schon im Jahr 2016 eine Obergrenze für

die Zusatzbeiträge bzw. eine Erhöhung des derzeit auf 7,3 Prozent eingefrorenen Arbeitgeberanteils einzuführen?

32. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche Ideen hat die Bundesregierung, den steigenden (Zusatz-)Beiträgen für die gesetzlichen Krankenkassen entgegenzuwirken angesichts von Meldungen, dass sogar große Krankenkassen wie die DAK im Jahr 2016 einen Beitragssatz von 16 Prozent oder darüber verlangen (Handelsblatt vom 10. Dezember 2015) und damit der Zusatzbeitrag, den alleinig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bezahlen haben, für Millionen von gesetzlich Versicherten auf 1,5 Prozent steigen könnte?
33. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der Anstieg der Arzneimittelausgaben, und in welchem Maße hat die Steigerung der Arzneimittelausgaben Einfluss auf die Krankenkassenbeiträge?
34. Abgeordneter
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vorschlägen des Sachverständigenrats im Sondergutachten zum Thema „Krankengeld – Entwicklung, Ursachen und Steuerungsmöglichkeiten“?
35. Abgeordneter
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung aus dem Gutachten für die Prävention und die Versorgung von Rückenerkrankungen und psychischen Erkrankungen ab?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

36. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Mitgliedsunternehmen der „Netzallianz Digitales Deutschland“ haben zugesichert, 8 Mrd. Euro in den Breitbandausbau zu investieren (siehe Bundestagsdrucksache 18/6643, Nummer 36), und welche Summen wurden in diesem

Zusammenhang bereits investiert (bitte mit Angabe der konkreten Ausbauprojekte)?

37. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso hat das Bundesverkehrsministerium die Aussage des Bundesministers gegenüber der ARD (<http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Wer-sagt-die-Wahrheit-Dobrindt-oder-Panorama,abgasbetrug114.html>), RDE-Tests (RDE = Real Driving Emissions) auch für Verbrauchs- und Kohlendioxidmessungen bei Fahrzeugen einzuführen, offenbar wieder zurückgezogen, und was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen diesbezügliche RDE-Tests?
38. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu überprüfen, ob tatsächlich statt 800 000 nur 36 000 Autos der Volkswagen AG falsche Verbrauchsangaben aufweisen?
39. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft hat das Kraftfahrt-Bundesamt im Rahmen des Typgenehmigungsverfahrens von Automobilherstellern Unterlagen zum Quellcode der Fahrzeugsoftware eingefordert?
40. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung den Auftrag zur technischen Vorbereitung des LKW-Mautsystems für die Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen im Falle erfolgreicher Vertragsverhandlungen an die Toll Collect GmbH direkt vergeben (www.fr-online.de: „Vergabe ohne Ausschreibung“ vom 3. November 2015), bevor es einen Kabinettschluss oder eine vom Deutschen Bundestag verabschiedete Veränderung mautrechtlicher Vorschriften (wie das Bundesfernstraßenmautgesetz) gibt, und wie kann dieser Auftrag durch die Bundesregierung vergeben werden, ohne dass dafür Mittel in den Bundeshaushalt 2016 eingestellt sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

41. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau plant die Bundesregierung, einen ressortabgestimmten Referentenentwurf für das Wertstoffgesetz vorzulegen, zu dem die Länder und Verbände dann Stellung nehmen können, und wann sind Kabinetts-, Bundesrats- und Bundestagsbefassung für das Wertstoffgesetz geplant?
42. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mengen an Wertstoffen aus dem Hausmüll werden nach Berechnung des BMUB voraussichtlich zusätzlich recycelt, sollten die im Arbeitsentwurf des Wertstoffgesetzes enthaltenen neuen Regelungen so umgesetzt werden, wie von der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks vorgeschlagen, und welche Auswirkungen hätte dies nach Einschätzung des BMUB auf den Ressourcen- und Klimaschutz oder weitere umweltpolitische Ziele?
43. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bereiche des Arbeitsentwurfs für ein Wertstoffgesetz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 21. Oktober 2015 überarbeitet die Bundesregierung aktuell, um der Kritik der kommunalen Spitzenverbände, Gewerkschaften, Umweltverbände, der Landesumweltminister von Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen und auch aus den eigenen Reihen der Regierungsparteien (wie der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands; vgl. Pressemitteilung vom 23. Oktober 2015) zu begegnen, insbesondere dazu, den dualen Systemen die vollständige Verantwortung für die Sammlung der Wertstoffe im Siedlungsabfall zu übertragen und diese den Kommunen zu entziehen, und welche Korrekturen beabsichtigt sie vorzunehmen, um die geforderte Organisationsverantwortung und Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen zu stärken?
44. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche inhaltlichen Fragen wurden beim Treffen des BMUB mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Entwurf des Wertstoffgesetzes am 23. November 2015 konkret besprochen, und

welches Ergebnis wurde bei diesem Treffen erzielt?

45. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- Gab es nach Kenntnis der Bundesregierung zur Erarbeitung des Referentenentwurfs für ein Wertstoffgesetz Kontakt zwischen Mitarbeitern von Bundesministerien und externen Fachkräften von Anwaltskanzleien und Beratungsgesellschaften, und wenn ja, mit welchen?
46. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- Gab es nach Kenntnis der Bundesregierung darüber hinaus persönliche Kontakte von Mitarbeitern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und deren Vorgesetzten, die an der Erarbeitung des Referentenentwurfs eines Wertstoffgesetzes beteiligt waren, zu Anwaltskanzleien, Beratungsgesellschaften und Unternehmen der privaten Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft, und wenn ja, welche?
47. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie viele Anträge zur Förderung von Baumaßnahmen aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wurden bislang von Kommunen beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eingereicht, und wie verteilen sich diese Anträge hinsichtlich der Anzahl und ihres finanziellen Volumens auf die Bereiche Sport, Jugend und Kultur?
48. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie verteilen sich die Anträge zur Förderung von Baumaßnahmen aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ im Bereich Sport hinsichtlich der Anzahl und ihres finanziellen Volumens auf die einzelnen Bundesländer?
49. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit praktisch ausschließen, dass erstens ein Brennelementabriss ähnlich dem im Lagerbecken des Atomkraftwerks Gundremmingen am 5. November 2015 sich auch bei einem Brennelementewechsel im Reaktor-druckbehälter eines der acht deutschen Atom-

kraftwerke, die noch eine Berechtigung zum Leistungsbetrieb haben, ereignen könnte (bitte mit Begründung; zum o. g. Zwischenfall siehe Meldung „Brennelement löst sich von seinem ‚Kopf‘ bei Handhabung im Lagerbecken“ vom 6. November 2015 auf der Betreiberwebseite) und zweitens, dass der o. g. Brennelementabriss ähnliche oder gar die gleichen Ursachen wie die schon länger bekannten Brennelementeverformungen hatte (zu Letzterem vgl. Antwort der Bundesregierung vom 3. September 2014 auf meine Schriftliche Frage 91 auf Bundestagsdrucksache 18/2481; bitte mit Angabe zum Stand der Ursachenklärung)?

50. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum nimmt das Bundesamt für Strahlenschutz – nachgeordnete Bundesoberbehörde des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) – nicht an den Sitzungen der im Plenarprotokoll 18/142, Anlage 32, genannten gemeinsamen Arbeitsgruppe des BMUB und der Energieversorgungsunternehmen teil, obwohl es zuständige Genehmigungsbehörde für die betreffenden Transport- und Zwischenlagereinigungen, um die es in der Arbeitsgruppe geht, ist (bitte möglichst auch mit Angabe von deren nächstem Sitzungstermin), und welche Machbarkeitsnachweise wären aus Sicht der Bundesregierung für eine Genehmigungsfähigkeit einer von der Entsorgungskommission beim BMUB in ihrer Stellungnahme zur Rückführung verglaster Wiederaufarbeitungsabfälle vom 30. Oktober 2014 vorgeschlagenen „Konzeptgenehmigung (nachvollziehbarer Sicherheitsbericht aber ohne detaillierende untersetzende Unterlagen)“ einer Primärdeckelwechseleinrichtung nach jetzigem Stand notwendig – insbesondere zu der Frage, wie ein dichter Verschluss um einen undichten Behälter hergestellt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

51. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Welche Ausgaben für Flüchtlinge hat die Bundesregierung in den Haushaltsjahren 2012 bis 2014 als öffentliche Entwicklungshilfe angerechnet (bitte um Auflistung, um welche Ausgaben es

sich handelt, sowie des finanziellen Umfangs dieser Ausgaben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

52. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass Telefonkunden, die die „Persönliche Rufnummer fürs Leben“ 0700 oder den ortsunabhängigen Rufnummernraum 032 (Nationale Teilnehmerrufnummer – NTR) anwählen, für ihren Anruf nach mir vorliegenden Informationen teilweise deutlich höhere Entgelte zahlen müssen, und plant die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesänderung, die die Bundesnetzagentur zur Festlegung einer Preisobergrenze ermächtigt?
53. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab es seit Oktober 2015 Gespräche zwischen Vertretern der Deutschen Telekom AG und Vertretern eines oder mehrerer Bundesministerien, in denen auch der Antrag der Deutschen Telekom AG auf exklusives Vectoring im Nahbereich und die mögliche Selbstverpflichtung der Deutschen Telekom AG zur Sprache kam, und falls ja, wann fanden diese statt (bitte die Teilnehmer benennen)?
54. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum fördert der Bund weiterhin über das KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren – Investitionszuschuss“ den Austausch eines Wärmeerzeugers auf Basis fossiler Energien durch einen ebenfalls fossil betriebenen Kessel (Öl und Gas) mit leichter Effizienzerhöhung, ohne dass die Förderung an eine Kopplung an erneuerbare Wärmeerzeuger gebunden ist, und wie passt dies zu der von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gleichzeitig beim Klimagipfel 2015 in Paris eingeforderten Dekarbonisierung?

55. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche finanziellen Risiken könnten sich aus Sicht der Bundesregierung im Falle eines Zuschlags an den tschechischen Bieter für die Vattenfall Europe Sales GmbH ergeben, insbesondere im Hinblick auf mögliche Klagen auf der Grundlage der Energiecharta, und welche Rolle spielen nach Kenntnis der Bundesregierung Bekenntnisse zur langfristigen Kohlenutzung in Deutschland durch den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, bei der Kalkulation von Gewinnerwartungen, welche wiederum in einem späteren Verfahren als legitim oder nicht legitim eingeschätzt werden müssten?
56. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Energieversorgungsunternehmen erhöhen nach Kenntnis der Bundesregierung zum 1. Januar 2016 die Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher, und welche rechtlichen und tatsächlichen Umstände sorgen nach Auffassung der Bundesregierung für diese Preissteigerungen?

